

# Zwischen Taktik und Anpassung

## Zur gegenwärtigen Politik der SED-Führung

Wie hier bereits berichtet wurde (HK, März 1972, 131), hat die Anpassung an die mehr nach Westen geöffnete neue sowjetische Deutschlandpolitik der SED nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten gebracht. Dogmatische Kader wurden verunsichert, weil das geläufige Feindbild von der „revanchistischen entspannungsfeindlichen“ Bundesrepublik sich nicht mehr aufrechterhalten ließ und sich auch Zweifel an der Vorzugsposition der DDR bei der Sowjetunion einschlichen. Jetzt — nach Inkrafttreten des Berlin-Abkommens — gibt es innerhalb der SED ernste Besorgnis über negative Auswirkungen dieses Abkommens und des schon abgeschlossenen, aber noch nicht in Kraft getretenen Verkehrsvertrages. In ausgeweiteten West-Ost-Kontakten sieht man erhebliche Aufweichungsgefahren für das sozialistische Staatsbewußtsein.

### Abschirmungsbemühungen

Die durchwegs elastische Anpassung der SED unter Honecker an die neue sowjetische Deutschlandpolitik macht *verstärkte Anstrengungen zur inneren Abschirmung* der DDR erforderlich. Während im staatlichen Bereich Verständigungsbereitschaft erkennbar ist, wird im ideologischen Bereich ein harter Kurs gefahren und die Gegensätzlichkeit zur Bundesrepublik drastisch betont. Die Ankündigung von E. Honecker vom 18. April 1972 in Sofia kann einerseits zwar als ein Signal für eine Modifizierung in der Deutschlandpolitik der SED gewertet werden. Honecker sagte dort u. a.:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, nach der Ratifizierung der Verträge zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen und der BRD in einen Meinungs austausch über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Bundesrepublik Deutschland einzutreten und die hierzu erforderlichen völkerrechtsmäßigen Vereinbarungen zu treffen. Es könnte eine Entwicklung eingeleitet werden . . . , die zu einem friedlichen Nebeneinander zwischen der DDR und der BRD führt, zu normalen, gutnachbarlichen Beziehungen mit dem Ausblick zu einem Miteinander im Interesse des Friedens, im Interesse der Bürger beider Staaten“ („Neues Deutschland“, 19. 4. 72).

Die *Absichtserklärung* Honeckers, zum Abbau von Spannungen beizutragen und das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu versachlichen, wurde begleitet von einer Reihe anderer Äußerungen prominenter SED-Politiker, die deutlich machten, daß gleichzeitig die ideologische Abgrenzung verstärkt wird.

Prof. A. Norden (Mitglied des SED-Politbüros) konnte am 5. Juli 1972 in der „Prawda“ einen Grundsatzartikel unter der Überschrift „Friedliche Koexistenz und ideologischer Klassenkampf“ veröffentlichen, der auch im „Neuen Deutschland“ nachgedruckt wurde. In diesem Artikel hieß es u. a.:

„Die Imperialisten werden durch neue Realitäten gezwungen, unhaltbare Positionen aufzugeben, ihre Taktik zu variieren und ihre Politik der zu ihren Ungunsten veränderten Lage mehr oder minder anzupassen. Sie müssen den Gegebenheiten Rechnung tragen, aber sie bleiben Imperialisten.“

Bei der Entwicklung und Propagierung von Illusionen, von flexiblen und differenziertem Antikommunismus spielt der rechte Flügel der internationalen Sozialdemokratie eine bedeutende Rolle. Er versteht sich eindeutig als Alternative gegenüber dem Kommunismus und wird in dieser Richtung zunehmend aktiv. . . . Der Sozialismus hat aber heute in allen Ländern eine solche Resonanz gefunden, daß auch rechtssozialdemokratische Ideologen ihre antikommunistischen Angriffe von scheinbar sozialistischen Positionen aus vortragen müssen. . . . Sie wollen ‚den Fuß in die Tür zur DDR‘ stellen, wie das von ihnen 1969 auf der Konferenz der ‚Sozialistischen Internationale‘ zum Ausdruck gebracht wurde.“

Norden zitierte aus dem Bericht des Politbüros auf dem 6. Plenum des SED-Zentralkomitees (6. und 7. Juli 1972), in dem es hieß:

„Die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus entflammt auf dem Gebiet der Ideologie stärker als zuvor.“

Wir sind uns dieser Tatsache voll bewußt. Deshalb orientieren wir die Kraft unserer Partei auf den unveröhnlichen Kampf gegen alle Erscheinungsformen feindlicher Ideologien.“

### Absage an die Einheit der Nation

Auch in dem im Mittelpunkt der 6. Plenartagung des SED-Zentralkomitees stehenden Referat von Prof. K. Hager (Mitglied des Politbüros) „Zu Fragen der Kulturpolitik der SED“ standen Probleme der Abgrenzung direkt und indirekt im Vordergrund. Seine Bilanz der kulturellen Arbeit in der DDR war als *Gegenüberstellung* zwischen der „aufstrebenden sozialistischen Kultur in der DDR“ und dem „Kulturzerfall in der BRD“ angelegt. Hager polemisierte gegen revisionistische Tendenzen in der Kultur (Leugnung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, des Parteilichkeitsprinzips u. a.) und die „Legende“ von der Einheit der deutschen Kultur:

„Die herrschenden Kreise in der BRD verfolgen gegenüber der DDR die nationalistische Linie des ‚Fortbestandes der Einheit der deutschen Nation‘. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die bürgerliche These von der einheitlichen ‚Kulturnation‘. Da die Existenz zweier Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung von niemandem mehr zu leugnen ist, wird die längst widerlegte Behauptung von einer angeblichen geschichtlich begründeten und weiter fortbestehenden ‚Einheit der deutschen Kultur‘ aufrechterhalten.“

Wie die Geschichte zeigt, hat es eine außerhalb der Bestrebungen der Klassen stehende einheitliche deutsche Kultur nie gegeben . . .

Die Klassenausensetzung in der Kultur verschärfte sich nach 1945 unter den Bedingungen der Besatzungszonen. Wir gingen mit Hilfe der Sowjetunion sofort daran, eine antifaschistisch-demokratische Kultur aufzubauen . . . Mit dem Entstehen zweier Staaten und ihren entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen hat sich auch der gegensätzliche Charakter der Kultur in der DDR und in der BRD voll herausgebildet. Die sozialistische Kultur in der DDR entfaltet sich als Kultur der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten des Volkes. Demgegenüber herrscht in der BRD die imperialistische, volksfeindliche Verfallskultur. Somit stehen sich heute zwei Kulturen gegenüber, die ihrem Inhalt und Klassencharakter nach unvereinbar sind“ („Neues Deutschland“, 8. 7. 72).

Nach Hager soll die „ästhetische“ Bildung und Erziehung in der DDR dazu beitragen, die Menschen mit *sozialistischen Wertvorstellungen* zu erfüllen und „bis in die tiefsten Schichten gegen das Gift der menschenfeindlichen imperialistischen Ideologie und Unmoral“ zu wappnen (Seite 4).

Die SED-Führung ist auch weiterhin bemüht, alle jetzt

mißverständlich gewordenen und als überholt angesehenen Fixierungen meist stillschweigend aus dem Verkehr zu ziehen. Zu den herausragenden Beschlüssen des 6. ZK-Plenums gehört die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms. Offenbar soll im Rahmen einer Revision des ersten, erst 1963 verabschiedeten SED-Programms auch das Bekenntnis zur einen deutschen Nation gestrichen werden.

In jüngster Zeit trug aber das Bekenntnis von Nord- und Südkorea zum Ziel der Wiedervereinigung des geteilten Landes nicht unwesentlich zur Verunsicherung der Parteifunktionäre bei. Soweit es ging, wurde dieser Vorgang in der DDR-Presse (im Gegensatz zur Sowjetunion) totgeschwiegen bzw. nur beiläufig erwähnt. Wenn zwei bisher total verfeindete Staaten, die gegeneinander sogar einen erbitterten Krieg führten, der formell noch gar nicht beendet ist, eine Wiedervereinigung anstreben, so muß dies gerade jetzt die SED-Führung nachdenklich stimmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Vorgang — sofern die Sowjetunion ihn als vorbildlich ansieht — im SED-Politbüro zu neuen Überlegungen Anlaß geben könnte, um doch wenigstens zur Formel „zwei Staaten — eine Nation“ zurückzukehren. Eine Kopierung des *koreanischen Modells* ist jedoch schon aufgrund der unterschiedlichen Gewichte und Machtkonstellationen kaum zu erwarten. Nach all ihren Erfahrungen mit China, Rumänien und Jugoslawien wäre der Sowjetunion sogar ein mächtiges kommunistisches Deutschland mit nationalkommunistischen Tendenzen unheimlich. Aus diesem Grunde ist wahrscheinlich, daß die Sowjetunion eine kommunistische, fest in ihren Machtbereich integrierte DDR und ein neutralisiertes Westeuropa bevorzugt.

### Dialektik à la Honecker

Die Serie von Abgrenzungsäußerungen, die Attacken gegen den Sozialdemokratismus, die systematische Zerstörung aller gesamtdeutschen Hoffnungen, ist für die SED-Führung durchaus kein Widerspruch zur Herstellung normalisierter staatlicher Beziehungen zur Bundesrepublik. Harte ideologische Äußerungen in Ost-Berlin — die vielfach insbesondere interne Adressaten haben — darf man daher nicht schlechthin als Verhärtung deuten.

Die DDR ist zum Beispiel bei der *Realisierung des Berlin-Abkommens* vorsichtig, teilweise sogar ängstlich, doch gleichzeitig legt sie darauf Wert, weiterhin guten Willen zu bekunden und als vertragsstreu zu gelten. Bisher kann man sagen, daß das Berlin-Abkommen im großen und ganzen reibungslos abgewickelt wird. Einzelne Vorbehalte wird man besser nicht überbewerten. Freizügigkeit konnte man vom Berlin-Abkommen ohnehin nicht erwarten. Die von einigen Presseorganen beanstandeten Auflagen für SED-Mitglieder sowie Partei- und Staatsfunktionäre zur Enthaltensamkeit bei Westkontakten existieren schon seit 20 Jahren (auch in der Bundesrepublik gibt es Auflagen für bestimmte Personengruppen zur Enthaltensamkeit bei Ostkontakten). Diese „Kader-Schutzbestimmungen“ waren niemals Gegenstand von innerdeutschen Verhandlungen.

Trotz intensiver Abgrenzungsaktivität ist es durchaus möglich, daß noch in diesem Jahr ein *Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten* paraphiert werden kann, obwohl gerade in den Verhandlungen viele äußerst komplizierte Probleme zu klären sind, u. a. die Fixierung

der Besonderheiten in den Beziehungen zwischen beiden Staaten (beide können zueinander einerseits nicht Ausland, aber auch im eigentlichen Sinne nicht mehr Inland sein), Fragen der Staatsbürgerschaft, der Revision verschiedener Gesetze.

Wenn man die gegenwärtigen Tendenzen kommunistischer Politik richtig deuten will, so muß man die Denkweise der Kommunisten berücksichtigen. Die beiden *Grundtendenzen der SED-Politik* (begrenzte Öffnung nach Westen und zugleich verstärkte Abschirmung vor westlichen Aufweichungseinflüssen) sind in der Sicht der Kommunisten eine „dialektische Einheit“. Es ist gewissermaßen kommunistischer Grundsatz, in Zeiten einer mehr geöffneten Außenpolitik die Staatsraison im Innern zu akzentuieren und die Führungsrolle der Partei zu verstärken. Je offener die Außenpolitik wird, desto notwendiger ist in der Regel auch deren innere Abschirmung. Gerade weil im politisch-staatlichen Bereich gegenwärtig die bisherige weitgehende Abschirmung aufgegeben wird, ist es in der Sicht der Partei notwendig, gegen aufkeimende Illusionen und Unsicherheiten, anzugehen. Aktivere kommunistische Westpolitik ist nur auf der Grundlage einer konservativ geprägten kommunistischen Innenpolitik durchführbar. Die Kommunisten würden aufhören Kommunisten zu sein, wenn sie aktivere Westpolitik *und zugleich* inneres Tauwetter, zunehmende Liberalisierung, Reduzierung der Führungsrolle der Partei dulden würden. Honeckers Abgrenzungskurs ist also völlig doktrin- und situationsgerecht.

### Konzessionen sozialistischer Wohlfahrt

Die SED-Führung beschränkt sich in ihren intensivierten Bemühungen zur Festigung der DDR aber nicht nur auf die intensivierete verbale ideologische Abgrenzungskampagne. Als notwendige Ergänzung und Untermauerung der ideologischen Abschirmung ist die SED-Führung unter Honecker verstärkt bemüht, durch innenpolitische Maßnahmen den sozialistischen Charakter der DDR eindeutiger zu profilieren. Sichtbarer als früher will man den breiten Schichten des Volkes durch neue *soziale Verbesserungen* entgegenkommen. Dort, wo es machtpolitisch vertretbar ist, gibt es nicht unwesentliche Zugeständnisse an die Bevölkerung.

Auf der 5. Tagung des SED-Zentralkomitees (27. und 28. April 1972) wurde eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen beschlossen. Für 3,4 Mill. DDR-Bewohner wurden die Renten und die Sozialbeihilfen erhöht. Die *Rentenerhöhungsquote* liegt zwischen 20 und 40%. Die Mindestrente nach 45 Arbeitsjahren wurde z. B. von 170 auf 240 Mark heraufgesetzt. Wenngleich damit das westdeutsche Rentenniveau noch nicht erreicht wurde, so ist die Erhöhungsquote im Vergleich zu früher doch beachtlich. Für alle vollbeschäftigten berufstätigen Mütter mit drei und mehr Kindern unter 16 Jahren wurde die 40-Stundenwoche ohne Verdienstreduzierung eingeführt und der Mindesturlaub auf 21 Arbeitstage erhöht. Der Schwangerschaftsurlaub wurde von 12 auf insgesamt 18 Wochen verlängert.

Die *Geburtenbeihilfen* wurden ab erstem Kind einheitlich auf 1000 M erhöht. Junge Eheleute bis zu 26 Jahren und einem niedrigeren gemeinsamen Einkommen als 1400 M können bei einer Erstehe für die Wohnungsbeschaffung einen zweckgebundenen Kredit aufnehmen. Bis zu 5000 M eines solchen Kredites werden zinslos gewährt, die Tilgung

soll innerhalb von 8 Jahren erfolgen, wobei die ersten drei Jahre tilgungsfrei sind. Beachtenswert ist, daß von dem zurückzuzahlenden Kreditbetrag erhebliche Abschläge nach der Geburt von Kindern gewährt werden. Bei der Geburt des ersten Kindes werden 1000 M Schuld, bei der Geburt des zweiten weitere 1500 M, bei der Geburt des dritten Kindes weitere 2500 M gestrichen.

Auch die *Wohnungsmieten* für die nach dem 1. Januar 1967 bezogenen Neubauwohnungen werden für Arbeiter, Angestellte und Genossenschaftsbauern mit einem monatlichen Brutto-Familien-Einkommen unter 2000 M neu festgesetzt und auf das Mietpreisniveau von 1966 reduziert. Die Höchstmiete für Neubauwohnungen für diesen Personenkreis darf in Ostberlin nur 1.25 M je Quadratmeter und in anderen Städten der DDR nur 90 Pfennig betragen.

### Enteignungen: ideologisch zweckgebunden

Die sich ausweitenden Ost-West-Kontakte im Ergebnis der Ostpolitik nötigen die SED-Führung, die DDR im sozialen und wirtschaftlichen Bereich westbegegnungsfähig zu machen. Dies kommt den Menschen in der DDR unmittelbar zugute, stärkt aber auch das Regime. Eine sich nicht mehr so stark abkapselnde, weitgehend anerkannte DDR muß menschlichere Formen des Sozialismus entwickeln, weil sie nur dadurch sich wirksam abschirmen kann und gleichzeitig auch in die Lage versetzt wird, etwas nach Westen auszustrahlen.

Auch die letzten Enteignungen privater Kleinunternehmen sind auf dieser Linie zu sehen. Für diese Sozialisierungsaktion gab es keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der kleine Sektor halbstaatlicher und privater Betriebe war wirtschaftlich durchaus gesund. Er arbeitete rentabel und konnte sich elastischer als staatliche Betriebe auf Marktlücken einstellen und in der Versorgung der Bevölkerung eine äußerst positive Rolle spielen. Die überwiegende Mehrheit der Betroffenen verhielt sich auch loyal zum Staat. Die SED hat zur Begründung ihrer Aktion auch niemals von „Sabotage“, „Feindschaft“ und „Unrentabilität“ gesprochen. Die SED-Führung wollte „Erscheinungen der Rekapitalisierung“ beseitigen. Gutgeführte, rentabel arbeitende private Unternehmen, die vielfach noch Wachstumstendenz hatten und deren Eigentümer überdurchschnittlich gut leben konnten, waren der Partei ein Dorn im Auge. Es ging ausschließlich darum, aus ideologischen Motiven den sozialistischen Wirtschaftssektor abzurunden. Aber offenbar ging es auch um die Erringung finanzieller Vorteile. Zwar wurde die Sozialisierungsaktion nicht in Form entschädigungsloser Enteignung abgewickelt, und es gab auch keine generelle Diskriminierung der bisherigen Eigentümer (man beließ sie vielfach in Führungspositionen z. B. als Angestellte weisungsgebundene Geschäftsführer), doch da der Staat der einzige Kaufpartner war, wurden die Betriebe zu einem konkurrenzlosen Minimalpreis aufgekauft. Die Kaufsumme wurde auf Sperrkonto überwiesen und wird jeweils nur in kleinen Raten den früheren Eigentümern zur Verfügung gestellt. Der bei der Sozialisierungsaktion erzielte finanzielle Vorteil soll offensichtlich auch dazu dienen, die vorstehend erwähnten erhöhten Sozialleistungen (die etwa 8 Milliarden Mark in den nächsten vier Jahren zusätzlich erfordern werden) zu finanzieren.

Gerade mit dieser letzten Sozialisierungsaktion will die SED erreichen, daß der unüberbrückbare qualitative Unterschied zwischen den Gesellschaftsordnungen in beiden deutschen Staaten noch deutlicher in Erscheinung tritt. An der Schwelle der neuen Deutschlandpolitik (vom bisherigen Gegeneinander zu einem betonten Nebeneinander) will die SED-Führung die „kapitalistische Restbasis“ in der DDR beseitigen.

Obwohl unter Honecker auch im Innern die *Klassenkampf-Ideologie* stärker betont wird, so werden doch Konfrontationen mit negativen Auswirkungen für die innere Stabilität vermieden. Der einstige Sicherheitschef Honecker agiert betont vorsichtig. Politische Vorstöße in Teilbereichen bzw. aus Fehlkalkulationen sich ergebende Benachteiligungen in einzelnen Sektoren werden ausbalanciert durch Zugeständnisse in anderen. Die Organe der Polizei und der Staatssicherheit sind im Gebrauch ihrer Macht zurückhaltender geworden. Die Festigung des Regimes soll vor allem durch politische und soziale Maßnahmen erfolgen. Die Einführung eines visafreien Reiseverkehrs nach Polen und der ČSSR sollte z. B. ein neuartiges Freizügigkeitsgefühl vermitteln. Die eingeräumten bzw. in Aussicht gestellten Erleichterungen im Rahmen des Berlin-Abkommens bzw. des Verkehrsvertrages kamen bei der Bevölkerung gut an. Wenn auch die neu eingeführte Fristenlösung in der Schwangerschaftsunterbrechung bei überzeugten Christen Empörung hervorgerufen hat, so wird dieses Gesetz von der Mehrheit areligiöser Bevölkerungsschichten eher als Erleichterung angesehen.

### Steuerung der Bildungschancen

Ungeachtet der kontinuierlichen Stabilisierung hat die DDR nach wie vor mit mannigfaltigen Problemen zu ringen. Hier sei als Beispiel erwähnt, daß jetzt ein *Überschuß von Hochschulabsolventen* zutage getreten ist und daher ein ausbildungsgerechter Einsatz vielfach nicht mehr erfolgen kann. Gleichzeitig besteht aber ein recht erheblicher Mangel an qualifizierten Facharbeitern und mittleren Führungskräften sowie an Arbeitskräften überhaupt (Notwendigkeit von Gastarbeitern). Die Zahl der Studienplätze wurde nun in den Überschüßbereichen beträchtlich reduziert und das Ausleseverfahren für Studienbewerber verschärft. Arbeiterkinder werden zwar weiterhin bevorzugt zugelassen, doch Kinder von Akademikern (mitunter auch von Funktionären) haben es dagegen schwerer, einen Studienplatz zu bekommen. Hinsichtlich politischer Zuverlässigkeit werden „strengere Maßstäbe“ angelegt. Die *Hauptleidtragenden* einer solch diskriminierenden Auslese nach politischen und weltanschaulichen Kriterien sind die Christen beider Konfessionen. Für sie wird diese Diskriminierung immer mehr zum Problem Nummer 1. Wehrdienstverweigerer, politische Passivisten, Nichtteilnehmer an der Jugendweihe etc. verbauen sich unter den gegebenen Bedingungen insgesamt den Weg zum Studium. Die SED geht davon aus, daß jeder DDR-Bürger das Recht auf 10klassige Schulbildung hat, daß aber alles Darüberhinausgehende eine besondere Vergünstigung ist, die nicht voraussetzungslos gewährt werden kann.

In vielen Familien gibt es gerade wegen dieser diskriminierenden Handhabung der Bildungschancen Unzufriedenheit. Es ist freilich auch zu beachten, daß in der DDR das Sozialprestige gerade des Akademikers bereits reduziert ist. Verschiedene Akademiker verdienen — wenn

man die längere Ausbildung berücksichtigt — nicht nennenswert mehr (mitunter sogar weniger) als qualifizierte spezialisierte im Leistungslohn tätige Arbeitnehmer oder mittlere Führungskräfte. Die Zahl der freiberuflich tätigen Akademiker ist sehr gering, die meisten sind Angestellte. Nur noch in geringem Maße werden Einzelverträge mit Spitzgehältern und Sondervergünstigungen mit Angehörigen der Intelligenz abgeschlossen. In der Ära Hon-ecker gilt nicht mehr wie bei Ulbricht die Wissenschaft als „eine Hauptproduktivkraft“.

Eine *allgemeine* Verschärfung der kommunistischen Religions- und Kirchenpolitik ist dagegen bisher nicht zu verzeichnen. Die SED-Führung geht davon aus, daß unter den Bedingungen des sich ausweitenden atheistischen Staates der Einfluß der schon an den Rand abgedrängten Kirchen nicht mehr mit großen Kampagnen, sondern nur noch mit stetiger dosierter „positiver“ weltanschaulicher Propaganda, also auf kaltem Wege reduziert werden könne.

### Taktische Gegensätze

Gegenwärtig muß man davon ausgehen, daß es im SED-Politbüro, insbesondere in der Frage der Gestaltung der Deutschlandpolitik Meinungsunterschiede darüber gibt, ob und wie weit man sich gegenüber der BRD bei der Gestaltung des *Grundvertrages* konzessionsbereit verhalten soll. Die selbstbewußten harten Kräfte in der SED halten entweder einen Grundvertrag für gänzlich überflüssig (z. B. Rede von Außenminister Otto Winzer am 23. Juni 1972 in der Parteihochschule Karl Marx) bzw. meinen, daß es damit keine Eile habe, weil die Zeit allein für die DDR arbeite und man ihn nur dann abzuschließen brau-

che, wenn die eigenen Forderungen (keine Erwähnung der Viermächte-Verantwortung, vollwertige völkerrechtliche Beziehungen etc.) durchgesetzt sind. Ob die DDR mit geringer Verzögerung in die UN aufgenommen wird, erscheint ihnen gleichgültig.

Andere Kräfte scheinen aber davon auszugehen, daß ein nochmaliges Einlenken auf vertretbare Kompromißformeln sich langfristig — ungeachtet momentan gegebener Aufweichungsverfahren — doch besser auszahlt. Demonstrierter guter Wille wird als gutes Aushängeschild und positiver Faktor für die DDR-Auslandswerbung angesehen. Diese Kräfte sind bereit, durch begrenztes Einlenken eventuell zu einem Wahlsieg der Bonner Regierungskoalition beizutragen, um die Kontinuität bundesdeutscher Ostpolitik zu sichern und so zu gewährleisten, daß der Status quo auch in Zukunft nicht mehr in Frage gestellt wird.

Maßgebend wird sein, wie sich die Sowjetführung verhält. Die Sowjetunion dürfte aber, ungeachtet der gegebenen Risiken der deutschen Ostpolitik, für den eigenen Machtbereich dazu neigen, die deutsche Frage durch einen Generalvertrag bei Wahrung ihrer Rechtsposition als eine der Siegermächte halbwegs zu lösen und damit vom Tisch zu haben. Unter Gesichtspunkten der Entspannung zwischen den Großmächten (Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion) drängt sich diese Variante auf. Im übrigen würde ein Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zur Festigung des Status quo beitragen, und eine Europäische Sicherheitskonferenz könnte in ihrem Ergebnis durch eine multilaterale Anerkennung der gegebenen Grenzen in Europa Elemente eines Friedensvertragsersatzes haben.

## Der Zeitbericht

Michael Traber

### Elite oder Führungsersatz?

#### Zur Rolle des Militärs in Schwarz-Afrika

In Afrika sind Armeeputsch an der Tagesordnung. Sie begannen im Juli 1952 mit dem Sturz der Monarchie in Ägypten und haben sich seither wie eine ansteckende Krankheit im unabhängigen Afrika verbreitet. Seit Nasers Coup in Kairo haben 19 „erfolgreiche“ Staatsputsche stattgefunden, mehrere sind vereitelt worden. 18 der 40 Regierungen im unabhängigen Afrika kamen durch Militärputsche zur Macht und werden (mit Ausnahme von Ägypten und Sierra Leone) weiterhin durch Militärführer geleitet. (Für die Liste der in Afrika stattgefundenen Staatsstrieche vgl. HK, März 1971, 140.) Das bedeutet, daß ca. 155 Millionen Menschen in 16 Ländern des unabhängigen Afrika oder 53% der Bevölkerung von Militärdiktaturen regiert werden.

Doch erscheint es nicht sehr sinnvoll, diese Putsch- oder Putschversuche einzeln zu beschreiben oder eine vergleichende Darstellung der Stärke der Armeen Afrikas zu liefern. Ertragreicher ist eine Analyse der *Stellung und Rolle der afrikanischen Armeen in Vergangenheit und Gegen-*

*wart im gesamtpolitischen Zusammenhang.* Nur wenn die koloniale Vergangenheit der afrikanischen Armeen, ihre gegenwärtige Abhängigkeit von auswärtigen Mächten und ihre Stellung innerhalb des sozialen und politischen Gefüges gesehen wird, kann der Stellenwert der Staatsputsche Afrikas mit einiger Objektivität erfaßt werden.

#### Militärische Faktoren bei der Entkolonisierung

Die *Entkolonisierung* Afrikas vollzog sich im wesentlichen in zwei Phasen: Die erste erfolgte in den zehn Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und betraf jene Länder, in denen europäische Armeen während des Krieges Schlachten ausgetragen hatten: Libyen (1951), Sudan (1955), Marokko (1956) und Tunesien (1956); Äthiopiens und Ägyptens (seit 1922) Unabhängigkeit wurden bestätigt.

Die zweite Etappe begann mit der Unabhängigkeit der westafrikanischen Staaten Ghana (1957) und Guinea